

Ein- und Ausreiseregister soll eingeführt werden

Nach Jahren der illegalen Einwanderung folgt erst jetzt die Erkenntnis, dass es ein EU-Einreise- und Ausreiseregister geben müsse. Besonders angetan ist Innenminister Herrmann (Bayern) von dieser Idee. Als Vorbild nannte der CSU-Politiker die USA. Dort sei nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ein umfassendes Registrierungssystem geschaffen worden, das hervorragend funktioniere. In der EU sollten nach Herrmanns Vorstellungen nicht nur Asylsuchende registriert werden, sondern auch Menschen, die mit einem Touristenvisum einreisen.

Mit so einer Datenbank von Einreisen und Ausreisen rechnet auch die EU. Sie plant derzeit schon unter dem Namen ETIAS ein elektronisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem. Damit will sie ab 2021 regeln, dass Nicht-EU-Bürger sich elektronisch registrieren müssen, wenn sie in die EU einreisen. Das System soll dem ESTA-System in den USA ähneln und sieht vor, dass Einreisen aus Drittstaaten in den gesamten Schengen-Raum registriert werden.

Forchheim und Rosenheim

Aschermittwoch der Republikaner

Es ist Zeit Klartext zu reden

Am **06.03.2019** findet wieder der traditionelle Aschermittwoch der Republikaner in Bayern statt. Erstmals werden zwei Veranstaltungen durchgeführt, die beide um **19.00 Uhr** beginnen.

Rosenheim: Restaurant beim Kirchenwirt, Pangerstr.25

Redner sind die Stadträte Rudolf Hötzel und Markus Schmitz, sowie der Kreisrat und Landesvorsitzende Tilo Schöne

Forchheim: Zu den alten Deutschen, Weinstr.2, 91327 Kleingesee

Redner sind der Stadt- und Kreisrat Franz Noffke und der stellv. Bundesvorsitzende Andre Maniera

Pflegenotstand verschärft sich kontinuierlich weiter

Pflegenotstand, Digitalisierung und strategische Weiterentwicklung. Prekär ist die Lage in der ambulanten Pflege. Der Pflegenotstand sorgt dafür, dass aktuell wieder Wartelisten geführt werden müssen, um dem Personalstand und der lebenswichtigen Professionalität gerecht zu werden. Die Anfragen übersteigen regelmäßig die Kapazitäten. Besonders brisant ist der Notstand in der ambulanten Pflege. Bei vielen Sozialstationen werden die Warteliste immer länger und länger. Die Absagen würden mit Blick auf die Pflegebedürftigkeit abgewogen, teilen quer durch die Republik Vertreter der einzelnen Stationen mit.

Um dem Pflegenotstand entgegenzusteuern, suchen die Beteiligten verzweifelt Wege aus dem Chaos, welches die Politik verursacht hat. So wird auf die Ausbildung durch den Einsatz von Dokumentationen via Tablet gesetzt und insgesamt auf Digitalisierung. Online-Beratung, Pflegedokumentation via Tablet, smarte Helfer für das Leben im Alter oder mit Behinderung, digitale Akten in der Verwaltung, virtuelle Wege der Personalentwicklung und vieles mehr. Ob sich das wirklich positiv auf die zeitlicher Entwicklung auswirkt wird sich zeigen.

SPD und Ihre Show-Vorschläge

Wie sozial die SPD wirklich ist konnte in den vergangenen Jahrzehnten erlebt werden. Von der früheren Partei für Arbeiter ist jedenfalls nicht mehr viel übrig. Damit das Image etwas aufpoliert wird, hat die stetig schrumpfende Ex-Volkspartei nun etwas aus dem Programm gestrichen, was sie selber ins Leben gerufen hat. Hartz IV soll wieder abgeschafft werden. Der SPD-Parteivorstand hat auf einer Klausur in Berlin ein Konzept beschlossen, was sich „Sozialstaat der Zukunft“ nennt.

Dieses sieht einen Mindestlohn von zwölf Euro vor und eine deutliche längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I. vor. Zudem soll ein sogenanntes "Bürgergeld" an die Stelle der Hartz-IV-Leistung treten und künftig soll es insgesamt deutlich weniger Härte und mehr Hilfe bei Arbeitslosigkeit geben. Ob die späte Erkenntnis aber auf wohlwollendes Vertrauen bei den Wählern stoßen wird, darf bezweifelt werden.

Für Parteichefin Nahles leitet die SPD damit die Abkehr von dem unter Kanzler Gerhard Schröder angestoßenen Umbau des Sozialstaates ein. Ein beachtlicher Zeitraum war notwendig, um diese Fehler erst zu verstehen. Eigentlicher Hintergrund dürfte aber eher sein, dass die SPD in Umfragen derzeit nur noch auf Werte von 14 bis 15 Prozent kommt und in einigen Bundesländern sich schrittweise der 5%-Hürde nähert.

Das für eine tatsächliche Änderung die CDU für eine Mehrheit notwendig ist und diese wenig Begeisterung entwickelt, dürfte den Sozis bekannt sein. Hessens Ministerpräsident und CDU-Parteivize Bouffier sagte gegenüber der Presse bereits, dass die SPD die Beerdigung der sozialen Marktwirtschaft plant. Ähnlich äußerte sich CSU-Chef Markus Söder: "Die aktuellen Vorschläge der SPD sind nicht vom Koalitionsvertrag gedeckt." In der Regierung dürfe es "keinen ideologischen Linksruck" geben.

Daher wird die angekündigte Abschaffung von Hartz IV eher ein verzweifelter Versuch der SPD sein, abgewanderte Wähler durch leere Versprechen wieder an sich zu binden.

Deshalb raten wir allen ehem. Wähler der SPD, bei den nächsten Wahlen lieber ihre Stimme einer Partei zu geben, die sich wirklich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzt und das angeblich „Soziale“ nicht nur im Parteinamen trägt.

Deutschland braucht mehr Sozialpatrioten und damit mehr Republikaner. Nicht ohne Grund haben wir bereits in den 90iger Jahren den Slogan herausgebracht „Sozial ohne rot zu werden“. Wir sind wirtschaftspolitisch keine FDP 2.0, sondern eine freiheitlich-konservative Partei, mit einem starken sozialen Flügel. Daher waren wir damals bereits gegen die Hartz IV-Regelungen und sind es auch heute noch.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE REPUBLIKANER REP

Innere Sicherheit – Republikaner starten Kampagne in Brennpunkten



Die nordrhein-westfälischen Republikaner gehen landesweit mit einem zusätzlichen Kampagneblatt auf das Thema der Kriminalität ein. Die Flugblätter werden in den kommenden Tagen an die Kreisverbände ausgeliefert, damit ab Mitte Februar umfangreiche Verteilungen erfolgen können. Gezielt werden wir dazu die jeweiligen Brennpunkte aufsuchen, um den Menschen aufzuzeigen, dass eine Veränderung nur auf dem politischen Wege erfolgen kann, teilte der REP-Landesvorsitzende Maniera mit. Die eigentlichen Verantwortlichen für die El-Dorado-Zustände in vielen Städten sitzen in den Parlamenten.

REP-Stadtratsfraktion deckt auf

(Von Stadtrat Rudi Hötzel) Republikaner-Stadtratsfraktion deckt auf!

Zuerst hatte REP-Fraktionschef Rudolf Hötzel im Stadtrat eine Anfrage gestellt, dann kam der Antrag an die OB, folgende Sachlage zu prüfen. Hatte die Stadt Rosenheim erst im Sommer mit einer Riesensumme die Gaststätte gerettet (ca. 600 000 €), wurde diese nach wenigen Monaten geschlossen. Brandschutzschwierigkeiten? Warum wurde dann aber das Geld investiert? Warum darf der VIP-Raum öffnen, gibt es dort keine Brandschutz-Probleme?

Hier der Antrag im Wortlaut:

Hiermit beantragt die REP-Stadtratsfraktion zu prüfen, ob die traditionsreiche Eisstadiongaststätte zur neuen Saison wieder geöffnet werden kann. Die Stadt hat erheblich in die Fenster der Gaststätte investiert und nun wurde in die bei allen Eissportlern beliebte Traditionsgaststätte leider geschlossen. Das müsste doch im Interesse aller Beteiligten zu beheben sein? Ebenso wäre zu prüfen ob nach jahrzehntelangen Investitionen der Stadt mit einem neuerlichen Paket mit 8.9 Mio ein Teil der Rosenheimerinnen und Rosenheimer reserviert werden kann. Es sind Steuergelder der Rosenheimer Bürger, die hier investiert wurden und so am Spieltag nicht ausgeschlossen werden sollten.

Islamistenverdacht: Einzige muslimische Kita muss schließen

Die einzige muslimische Kita in Rheinland-Pfalz muss nach einer Entscheidung des Landesjugendamts schließen. Der Kita-Träger, der Mainzer Moscheeverein Arab Nil Rhein, vertrete Inhalte der islamistischen Muslimbruderschaft und des Salafismus und stehe damit nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes, sagte der Präsident des Landesamts für Soziales, Jugend und Versorgung, am Montag zur Begründung der bislang einmaligen behördlichen Schließung einer Kita. Einen ersten Hinweis auf eine Nähe zum Salafismus habe es zum Jahreswechsel 2012/13 mit dem Auftritt des umstrittenen Predigers Muhammad Al Arifi gegeben. Im Herbst vergangenen Jahres seien dann weitere Kontakte zur Muslimbruderschaft und zur salafistischen Bewegung bekannt geworden. Gehandelt wurde damals aber trotzdem noch nicht.

Das Landesjugendamt setzte eine Übergangsfrist bis Ende März, um den Kindern einen Wechsel in andere Kitas zu ermöglichen.

Wir Republikaner sind der Ansicht, dass viel zu lange die Landesregierung tatenlos zugesehen hat. Konsequenterweise müsste nun auch ein Verbot des Moscheevereins überprüft werden. Vermutlich wurde auch hier wieder aus falschem Toleranzverständnis heraus zu spät gehandelt.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier einig kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige Veranstaltungen im Raum Karlsruhe. Weitere Informationen unter:725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788
- **Hannover:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner Hannover. Interessenten können sich melden unter: niedersachsen@rep.de



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.